

**Pressekonferenz
Vorstellung des Schattenberichts
Statement Barbara Eschen, Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz**

Armut stört! Täglich ist in Medien und Berichterstattungen davon die Rede. Die Rente reicht nicht, die Mieten explodieren, Alleinerziehende kommen mit ihren Kindern kaum über die Runden, Tafeln werden unverzichtbar und die Zahl der Obdachlosen wächst. Armut stört.

16,2% der Bevölkerung sind von Armut betroffen, obwohl die Wirtschaft boomt. Armut stört, das ist nicht abstrakt, sondern sehr konkret

Armut stört, wenn die alleinerziehende Mutter stets an sich selbst sparen muss, damit ihre Kinder die nötigen Turnschuhe bekommen.

Armut stört, wenn das Einkommen im Niedriglohn-Job nicht reicht, um die Familie zu ernähren und aufstockende Leistungen beim Jobcenter beantragt werden müssen.

Armut stört, wenn die Lebensmittelspenden der Tafeln für die die vielen Tafelkunden hinten und vorne nicht reichen und die Ehrenamtlichen am liebsten Waren zukaufen würden.

Armut stört, wenn Menschen keine Krankenversicherung haben und unterversorgt sind.

Viele Menschen haben nicht genug zum Leben. Und ehrenamtliche Hilfsangebote sind keine Lösung. Es sind Wohnungslose, in Altersarmut Lebende, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Erwerbslose und Geflüchtete. Die Verantwortung liegt aber bei der Politik. Denn leider gilt weiterhin, dass Armutsbekämpfung von der Bundesregierung sträflich vernachlässigt wird.

Aber Armut in Deutschland ist nicht nur störend; sie hat auch eine menschenrechtliche Dimension. Armut zu bekämpfen ist keine Wohltätigkeit, sondern eine Verpflichtung. Denn Armutsbetroffene sind keine Bittsteller, sondern sie haben soziale Rechte. Deutschland hat bereits 1973 den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – kurz UN-Sozialpakt – ratifiziert und sich damit verpflichtet, eben diese Rechte zu schützen. Erst gestern hat der Sozialausschuss der Vereinten Nationen, der die Einhaltung dieser Rechte überwacht, seine Empfehlungen an die deutsche Bundesregierung veröffentlicht. Die zeigen: Es ist noch viel zu tun.

Am heutigen Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut, veröffentlicht die Nationale Armutskonferenz daher ihren dritten Schattenbericht. Von dem Geistlichen Joseph Wresinski, auf dessen Initiative der Internationale Tag für die Beseitigung der Armut zurückgeht, stammt das Zitat:

„Das Elend ist nicht unabänderlich; es wird von Menschen verursacht, und die Menschen können es auch überwinden.“

Das stimmt. Dieses Verständnis ist für uns als Nationale Armutskonferenz zentral. Um Armut in Deutschland zu überwinden, benötigen wir daher eine aktive Politik der Armutsbekämpfung. Im Schattenbericht geben wir einen Überblick über den armutspolitischen Handlungsbedarf. Vor allem aber kommen Armutsbetroffene selbst zu Wort.

Erwerbsarmut

Deutschland lebt mit einer paradoxen Situation. Seit Jahren geht die Erwerbslosigkeit zurück, nicht aber die Zahl der Armen: Für viele Menschen, die einen Job haben, ist Armut dennoch bittere Realität – und das obwohl Wirtschaft und Arbeitsmarkt in boomem. Auch der Sozialausschuss der Vereinten Nationen hat gestern seine Besorgnis über die große Zahl der Menschen geäußert, die arbeiten und dennoch auf Leistungen in der Grundsicherung angewiesen sind, da ihr Verdienst für den Lebensunterhalt nicht ausreicht. Dies betrifft eine Millionen Menschen in Deutschland, die trotz Arbeit Hartz-IV beziehen.

Was läuft da falsch?

In Deutschland hat sich die Erwerbsarmut in den letzten zehn Jahren verdoppelt: Der Anteil der „working poor“ an allen Erwerbstätigen stieg in diesem Zeitraum von 4,8% auf 9,6%. Die Gründe für den Anstieg liegen vor allem in einem starken Zuwachs von prekären Beschäftigungsverhältnissen und einem wachsenden Niedriglohnbereich. Die Vermittlung in Arbeit dominiert das sozialpolitische Geschehen. Dabei gilt annähernd jede Arbeit als zumutbar. Ob jemand davon wirklich leben kann, ist nachrangig. Die Androhung von Sanktionen führt dazu, dass auch nicht-existenzsichernde Arbeit angenommen werden muss.

Wir sehen in Hinblick auf die Bekämpfung von Erwerbsarmut einen enormen politischen Handlungsbedarf, aus armutspolitischer Sicht, aber auch in Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn: prekäre Beschäftigung schafft Unsicherheit, führt in Altersarmut und behindert die Lebensplanung. Wir sagen als Nationalen Armutskonferenz, prekäre Arbeit in reguläre Arbeit umwandeln! Nur so lässt sich das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen und einen angemessenen Lebensstandard umsetzen.

Regelsätze und Sanktionen

Die Grundsicherung (Hartz IV) ist das Auffangbecken für Arme in Deutschland, nicht nur für Erwerbslose sondern beispielsweise für Kinder. Dabei ist klar: der Regelsatz in der Grundsicherung ist deutlich zu niedrig. Eine Kürzung dieses ohnehin zu knapp bemessenen Regelsatzes wird da schnell existenzbedrohlich. Besonders schlimm wird es für die Betroffenen, wenn Sanktionen die Kürzungen der Kosten der Unterkunft betreffen. Dann droht den Betroffenen die Kündigung der Wohnung bis hin zur Obdachlosigkeit. Besonders problematisch ist, dass jungen Erwachsenen schon beim zweiten Ablehnen eines Vermittlungsangebots die komplette Leistung gestrichen werden kann. Auch der UN-Sozialausschuss hat die Bundesregierung daher dringend aufgefordert, das deutsche Sanktionsregime zu überprüfen.

Sanktionen sind kein geeignetes Mittel, um Menschen „fit für den Arbeitsmarkt“ zu machen. Sanktionen stören die Entwicklung von Menschen. Vor allem aber sollten wir uns bewusst machen: Das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard ist nicht verhaltensabhängig.

Wenn das Kindergeld um 10,- Euro erhöht wird und der Steuerfreibetrag dann hat davon kein armes Kind etwas. Die Erhöhung des Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder wäre

immerhin ein Schritt in die richtige Richtung und vor allem das freie Mittagessen in Kita und Schule! Als Nationale Armutskonferenz stellen wir uns allerdings eine Grundsicherung für Kinder vor, die eine wirkliche Teilhabe der Kinder ermöglicht.

Betroffenenpartizipation

Die Nationale Armutskonferenz ist überzeugt, dass Betroffene am besten wissen, was Armut bedeutet und wie Ausgrenzung überwunden werden kann. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Betroffenenorganisationen arbeiten in der Nationalen Armutskonferenz gemeinsam an Strategien, Armut zu bekämpfen, sie zu überwinden. Dazu bringt sie Erfahrungen aus Betroffenenperspektive mit Expertenwissen ins Gespräch.

Im Schattenbericht nehmen wir auf 40 Seiten Stellung zu Armutsthemen, wir beleuchten dabei Aspekte wie Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit, Kinderarmut und Frauenarmut, Armut trotz Arbeit, Altersarmut, das reale Leben mit Hartz IV, warum Armut krank macht und wie Asylbewerberinnen und -bewerber sowie EU-Bürgerinnen und -bürger weniger als das Existenzminimum zur Verfügung haben.

Wir fordern als Nationale Armutskonferenz die weitere Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, um der wachsenden Erwerbsarmut zu begegnen. Erforderlich sind zudem höhere Regelsätze in der Grundsicherung und eine bessere Absicherung von Risiken der Arbeitslosigkeit. Insbesondere die Absicherung der Kinder muss gewährleistet sein. Darüber hinaus brauchen wir eine Neuorientierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Beschäftigungspolitik sollte auf Sanktionen und Druck verzichten und vielmehr die Motivation und Selbstbestimmung der Menschen unterstützen.